

## Regierungsfähig durch mutige Debatten 2.0

Das Profil von Bündnis 90/Die Grünen ist derzeit nicht klar erkennbar. Die jüngsten Wahlergebnisse zeigen dies. Viele WählerInnen wissen nicht, für welche konkreten Projekte die Partei steht und aus welcher Motivation heraus grüne Politik betrieben wird. Sowohl in Hessen als auch in Hamburg haben wir etwa ein Viertel des Stimmenanteils eingebüßt. In Niedersachsen kam es trotz einer sehr schwachen SPD zu einem leichten Plus beim Wähleranteil, hinter dem allerdings ein Rückgang an absoluten Wählerstimmen um ebenfalls etwa ein Viertel stand. Obwohl wir lange vor den Wahltagen sehr positive Umfrageergebnisse hatten, wurde im Verlauf des Wahlkampfes und am Wahltag daraus keine aktive Unterstützung für grüne Politik. Lag es an den spezifischen Machtkonstellationen oder an den für die WählerInnen beliebig erscheinenden Farbenspielen? Nein, denn die Ausgangskonstellationen in den drei Ländern waren höchst unterschiedlich. Lag es etwa an den SpitzenkandidatInnen? Auch hier sprechen die unterschiedlichen Konstellationen in den drei Landesverbänden dafür, dass es nicht an der Ausstrahlungskraft des Spitzenpersonals lag. Deshalb geht die Debatte um politische Farbenspiele oder um das Spitzenpersonal in den Ländern an diesem Befund vorbei: Die Wahlverluste haben weder an der Ausstrahlungskraft des Spitzenpersonals gelegen noch an der politischen Konstellation. Vielmehr misslingt es uns im Bund und in den Ländern, stellvertretend für die Gesellschaft Debatten zu führen, gesellschaftlich besonders gravierende Missstände zu thematisieren und Lösungen aufzuzeigen. Wir werden nicht mehr als innovativ, spannend und authentisch wahrgenommen, weil wir das auch gerade nicht mehr sind. Wir sind angepasst und zurückhaltend geworden.

Die Beseitigung der gegenwärtigen Profillosigkeit kann nur auf Grundlage **innovativer** Spitzenprojekte vorangetrieben werden. Wir brauchen Projekte, die Antworten auf drängende gesellschaftliche Probleme geben und bestehende Problemlagen skandalisieren. Nur so können wir den WählerInnen deutlich machen, wofür die Grünen stehen. Die Lösung kann nicht in einer neuen Variante der Farbenlehre liegen. Vielmehr sollten wir die Chance eines bunten werdenden Parteienspektrums nutzen und uns als eigenständige linksliberale ökologische Kraft etablieren, uns auf neue Spitzenprojekte konzentrieren und die Inhalte in den Vordergrund stellen. Gerade in unseren Kernbereichen fehlt uns zunehmend die direkte Verbindung in die zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Es ist an der Zeit, ähnlich wie es derzeit in der „neuen Bürgerrechtsbewegung“ geschieht, Grüne wieder stärker als parlamentarische Anlaufstelle für Bürgerinitiativen und NGOs zu etablieren.

Wir haben auf den letzten Parteitag eine Reihe zukunftsweisender Beschlüsse gefasst. Aber es gelingt uns noch nicht, diese Konzepte öffentlich darzustellen oder in die Diskussion zu bringen. Dadurch wird unserer Profil unscharf: Laut Umfragen wissen ca. 70% unserer Wähler nicht mehr genau wofür wir stehen.

Wir werden aber nur als innovativ wahrgenommen, wenn wir lebendige Debatten führen, die die aktuellen Problemlagen widerspiegeln und die anstehenden Konflikte in der Gesellschaft zum Gegenstand machen. **Spannende** Auseinandersetzungen sind dafür nötig. Wir meinen, dass wir uns einer Reihe von kritischen, auch unangenehmen Fragen in nächster Zeit stellen müssen. Wegducken bringt uns nicht weiter. Im Vorfeld der ersten Regierungsbeteiligung 1998 haben die Grünen engagiert für gesellschaftliche Lösungen gekämpft. Die WählerInnen wussten, wofür wir stehen. Viele WählerInnen haben den Grünen ihre Stimme gegeben, weil sie den Atomausstieg, die ökologische Steuerreform oder die gleichberechtigte Partnerschaft als konkrete und wichtige neue Projekte wollten. Sie wollten eine konkrete Alternative zu den Konzepten der anderen Parteien. Diese Alternativen müssen wir auch in Zukunft entwickeln und klar heraus stellen, auch wenn es unbequem ist.

Neben aller Bedeutung von Inhalten wird es auch immer um die Personen gehen, die für diese Inhalte stehen und – ganz besonders – um ihre Glaubwürdigkeit. Richtig ist deshalb, dass die SpitzenkandidatInnen von der Partei auf einer Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) bestimmt werden und mit konkreten inhaltlichen Projekten für ihre Kandidatur überzeugen können. Die aktuellen Koalitionsdebatten werden im Hintergrund durch ein diffuses Misstrauen begleitet. Den Grünen wird unterstellt, bloße Mehrheitsbeschafferin für Machtkonstellationen zu sein. Diesem Eindruck müssen wir entgegen treten. Nur wenn wir **authentisch**, als engagiert für die Sache wahrgenommen werden, können wir an die Erfolge der Vergangenheit anknüpfen und unsere Mitglieder wie WählerInnen mobilisieren. Dieses Erfordernis gilt nicht nur für die Spitzenleute in Partei und Fraktion, sondern für alle Engagierten bei Bündnis 90/Die Grünen. Wir müssen unsere Ansprüche und Forderungen auch leben, damit wir als authentisch wahrgenommen werden. „Grün leben“ darf nicht nur ein Appell an andere sein, sondern heißt auch, dass wir eine Vorbildfunktion einnehmen müssen. Nur so kann das grüne Projekt mit Leben gefüllt und unsere Ziele glaubwürdig vertreten werden. Seit 1994 ging es im „Marsch durch die Institutionen“ darum, von den gesellschaftlichen Eliten akzeptiert zu werden, anzukommen in den Räumen der Macht. Jetzt geht es darum, in diesen Räumen glaubwürdige Anwälte für die Menschen zu sein, die dort keinen Zugang haben, die nicht Teil des Establishments sind. Weiße Turnschuhe kann man nicht wiederholen. Aber die Geisteshaltung des Anti-Establishments kann heute wieder neu die Grünen auszeichnen. Gerade vor dem Hintergrund vielfältiger Koalitionsperspektiven ist es wichtig, dass Grüne als emanzipatorische Kraft, als Gegenpol zu bürgerlicher Spießigkeit wahrgenommen werden.

Im Januar haben wir mit einem Diskussionspapier „Regierungsfähig durch mutige Debatten“ darauf aufmerksam gemacht, dass wir Veränderungsbedarf sehen. Nun knüpfen wir daran an, um die Diskussion weiter voran zu treiben und konkrete Anstöße zu geben. Wieder wird es nicht nur Zustimmung sondern auch kritische Rückmeldungen geben. Diese brauchen wir, wenn wir uns durch mutige Debatten fit für die Zukunft machen wollen. Im folgenden Text werden einige Themenfelder angeschnitten, in denen wir Diskussionsbedarf sehen. Die Beiträge gehen zum Teil über den Stand der Debatte in Partei und Fraktion hinaus. Sie polarisieren und werden bei einigen Personen Kopfschütteln hervorrufen. Das ist unser Ziel, da wir Debatten anstoßen und die Knackpunkte bei diversen Themen deutlich machen wollen.

Wir freuen uns auf Antworten, Rückmeldungen und eigene Initiativen in dieser Richtung.

## **Anstehende Debatten**

### ***Bilanz der Rot-Grünen Militäreinsätze***

Bündnis 90/Die Grünen haben in der Vergangenheit zu Recht in Anspruch genommen, schwierige friedenspolitische Debatten stellvertretend für die Republik zu führen. Nach ausführlichen und differenzierten Debatten hat sich die Partei dazu entschlossen, die Militäreinsätze unter rot-grün im Kosovo und Afghanistan mitzutragen. Geblieben ist dabei immer eine Unsicherheit: Hatte man verlässliche Informationen über die Situation? War die Einschätzung der Lage in den Ländern richtig? Würden sich die eigenen strategischen Ansätze durchsetzen? Für ein selbstbewusstes Auftreten der gesamten Partei in der Friedenspolitik sind Antworten auf diese Fragen notwendig. Dies war auch ein Auftrag für die friedenspolitische Kommission – und die Diskussion um die Ergebnisse wäre eine Aufgabe für den friedenspolitischen Kongress in Berlin am 7.-8. März.

Der Zwischenbericht der Kommission verzichtet aber auf eine pointierte Bewertung. Er liest sich wie eine Zusammenstellung allgemeiner Leitbilder. Dies wäre verzeihlich, weil jeder Konflikt individuell bewertet werden muss und daher Vorfestlegungen der Komplexität nicht gerecht werden könnten. Die Bewertung der bisherigen Politik macht viele Worte, ohne die schwierigen Fragen aufzugreifen, denen wir uns stellen müssen. Wie beurteilen wir aber den Umstand, dass nun in Kosovo die ehemalige UCK einen eigenen Staat ausgerufen hat? Was zu den Ergebnissen des internationalen Gerichtshofs in Bezug auf die Säuberungspläne von Milosevic? Wieso hinterfragen wir nicht die fehlende Kohärenz und Inkompetenz der EU-Politik in der Aufarbeitung des Konfliktes? Wie schätzen wir die Bemühungen nach einer Demokratisierung Afghanistans ein und wie gehen wir damit um, dass der Aufbau eines demokratischen Afghanistan nicht erreicht ist und der von uns geforderte Strategiewechsel nicht umgesetzt wird? Es ist wichtig, Lehren aus den von uns mitverantworteten Militäreinsätzen in Kosovo und Afghanistan zu ziehen. Diese werden wohl kaum ein Zurück in radikalpazifistische Zeiten mit sich bringen. Es wäre aber unglaublich, zu einer generell positiven Einschätzung zu kommen. Was wir brauchen, ist die ehrliche Bestandsaufnahme.

### ***Atomausstieg - Konsens oder keiner?***

Der unter Rot-Grün ausgehandelte Atomausstieg war ein mühsamer Kompromiss. Politisch hat er eine ganz entscheidende Wende bewirkt. Damit hadert die SPD noch immer. Umso wichtiger ist für sie dieser politisch ausgehandelte Kompromiss als Rückfalllinie. Aber die Probleme der SPD sind nicht die unseren. Für uns Grüne war der Atomausstieg der einzige damals mögliche politische Kompromiss, den Einstieg in den Ausstieg zu bekommen. Er fand die Akzeptanz der grünen Basis, obwohl er für viele grüne AtompolitikerInnen nicht weit genug ging.

Jetzt sind wir in einer anderen Rolle. Wir müssen unser grünes Profil schärfen, was mit einer rein defensiven Verteidigung des Erreichten nicht gelingt. In den nächsten 5 Jahren werden nach dem Atomausstiegsgesetz sieben Reaktoren abgeschaltet. Die Atomlobby wird alles daran setzen, diese Absprachen aufzukündigen und sie werden den Wahlkampf 2009 erneut zu einem „Ja oder Nein zur Atomenergie“ instrumentalisieren. Auch international ist der Kampf gegen die Atomkraft nicht gewonnen. Zwar werden deutlich weniger Reaktoren gebaut, als in den nächsten Jahren abgeschaltet werden - aber jeder neue Reaktor ist einer zuviel. Und auch deutsche Firmen verdienen an dem Atomgeschäft - im Ausland und im Inland, weil die abgeschriebenen Reaktoren Rekordgewinne erlauben.

Wir Grüne müssen uns der Debatte stellen, ob und in wie weit es Zeit ist, auch unsererseits den Atomkonsens aufzukündigen. Setzen wir uns für die Instrumente ein, auf die wir beim Atomkonsens verzichtet haben, wie eine Anhebung oder Abschaffung der Haftungsbegrenzung für Atommeiler? Fordern wir neue Instrumente, wie eine Brennelementesteuer? Thematisieren wir die Terroranfälligkeit der noch laufenden Reaktoren? Brandmarken wir die Firmen, die mit dem Atomgeschäft in Schwellen- und Entwicklungsländern reich werden? Unterstützen wir Kampagnen, die sich gegen die Finanzierung von AKWs durch deutsche und europäische Banken wehren? Sorgen wir dafür, dass der Export von Atomreaktoren nicht mehr durch staatliche Bürgschaften abgesichert wird? Wenden wir uns gegen jede Nachrüstung von Atomreaktoren? Streben wir den ausstiegsorientierten Vollzug an? Und wie spitzen wir diese Forderungen so zu, dass sie auch nach den Kompromissen einer Regierungsbeteiligung noch glaubhaft vermittelbar sind? All diese Fragen sollten wir jetzt diskutieren, um als Grüne Vorreiter der Debatte zu sein.

### ***Private Altersvorsorge – sind die Subventionen gerechtfertigt?***

Unter Rot-Grün wurden gleich mehrere grundlegende Reformen der Rentenversicherung durchgeführt. So wurde eine zusätzliche kapitalgedeckte Säule in Form der Riesterrente eingeführt. Heute müssen wir uns kritisch fragen, ob die hohe steuerfinanzierte Förderung der privaten Ersparnisbildung durch die Riesterrente (2008 etwa 2 Mrd. Euro, Tendenz deutlich steigend) in dieser Form sozialpolitisch richtig war und ist. Wir müssen darüber debattieren, ob die komplexe, optionale private Vorsorge der beste Weg zur zusätzlichen Absicherung im Alter ist. Schließlich sind gerade solche Menschen besonders von Altersarmut bedroht, die aufgrund ihres niedrigen Bildungsniveaus während ihrer Erwerbsphase nur sehr geringe Einkommen realisiert haben. Für Menschen mit niedrigem Bildungsniveau ist aber die Auswahl der richtigen Vorsorgeprodukte sicher eine noch größere Herausforderung als für AkademikerInnen. Denkbar wäre ja auch – wie in Schweden – den BürgerInnen einen unkomplizierten Standardweg der kapitalgedeckten Altersvorsorge in Form eines Pflichtbeitrags mit der Möglichkeit einer Anlage in einem staatlichen Fonds anzubieten.

Schließlich geht es um die Frage, ob die Förderung auch wirklich nur in gute Produkte fließt oder ob nicht zu viel privates und staatliches Geld bei den privaten Versicherungsunternehmen oder anderen Anbietern landet, das wiederum bei der gesetzlichen Altersvorsorge fehlt. Mangelnde Regelungen zur Aufteilung der Risikogewinne bei Versicherungen und hohe Verwaltungskosten führen dazu, dass manche Produkte nur aufgrund der steuerlichen Förderung attraktiv sind.

### ***Skandalisierungsthema Bildung***

Bundesweit verlässt jeder fünfte ausländische Jugendliche und jedeR zehnte Ostdeutsche die Schule ohne Abschluss. Damit ist Deutschland Bildungsentwicklungsland. Sogar die UN schickte einen Beobachter in die Bundesrepublik, der sich besorgt über die Undurchlässigkeit und Segregation in deutschen Schulen äußerte. Nur Kinder von AkademikerInnen haben eine gute Chance, selbst das Abitur zu machen und einen Hochschulabschluss zu bekommen. Dagegen sind es vor allem (männliche) Kinder von MigrantInnen und Ostdeutsche (Männer), die zur hohen Quote der SchulabbrecherInnen beitragen. Bildungspolitik für GymnasiastInnen und Studierende ist wichtig, reicht aber nicht aus. Bündnis 90/Die Grünen sollten über die Skandalisierung der Schulabbrecherzahlen zeigen, dass unser Bildungssystem nicht alle Menschen erreicht. Schon bei den Grundschulen sammeln sich an einigen Schulen die Kinder aus den besser gestellten Familien und an den anderen diejenigen aus den schlechter gestellten Familien. Dies können wir nicht akzeptieren. Die Schulen müssen zur Chancengleichheit beitragen und nicht die auf die unterschiedliche soziale Herkunft rückführbaren Unterschiede auch noch verstärken.

Mit den grünen Forderungen, die vor allem in den Ländern vertreten werden, kann unser Bildungssystem für die Anforderungen der Zukunft fit gemacht werden. Wir fordern eine Kindertagespflicht für Kinder ab dem 3. Lebensjahr, eine gezielte Förderung für Kinder aus bildungsfernen Haushalten, das gemeinsame Lernen bis zur 10. Klasse, ein elternunabhängiges Bildungsgeld, Zwergschulen und einen klassenübergreifenden Unterricht in schrumpfenden Ortschaften. Wir brauchen Maßnahmen, die der sozialen Entmischung auch bei Schulen des gleichen Schultyps entgegenwirken. Wir müssen darüber nachdenken, mit welchen Mitteln wir sicherstellen, dass an allen Schulen ein ausgewogenes Verhältnis von Schülern aus den verschiedenen sozialen Hintergründen vorhanden ist. Wir müssen diskutieren, ob wir Quoten brauchen, um dies zu erreichen, oder ob es reicht den Betreuungsschlüssel an den Schulen zu erhöhen, an denen Kinder aus sozial schwächeren Verhältnissen konzentriert sind.

Wir müssen darüber debattieren, ob die Veränderungen im Bildungsbereich durch die Föderalismusreform I sinnvoll waren. Wollen wir eine Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Investitionen und Betriebskosten im Bildungsbereich? Wie finanzieren wir bestimmte Sachkosten, wie die Schulspeisung und die kostenlose Bereitstellung von Schulmaterialien? Ist die Einführung einer Schuluniform sinnvoll, um allen Kindern eine faire Ausgangsposition zu ermöglichen und der höchst kostenintensiven Jugendkultur entgegen zu treten?

Im Hochschulbereich müssen wir dafür sorgen, dass die Universitäten ausreichende Mittel erhalten, um der hohen Zahl der Studierenden gerecht zu werden. Nicht nur der Kampf gegen Studiengebühren ist eine Grüne Aufgabe. Gerade vor dem Hintergrund der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge wird eine Reform der Lebensunterhaltsfinanzierung immer notwendiger, da diese wesentlich zeitintensiver sind und Nebenjobs neben dem Studium kaum noch zulassen.

### *Neuer Aufbruch in der Geschlechterdebatte*

"Die Hälfte der Macht den Männern!" ist immer noch eine wichtige und richtige Forderung, von der wir allerdings noch weit entfernt sind. Frauen sind in Führungspositionen kaum vertreten, verdienen weniger, sind vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt und sind nach wie vor dafür zuständig, sich um die Kinder zu kümmern. Trotzdem führt Frauenpolitik bei uns ein Schattendasein. Es fehlt der Schwung und die Attraktivität. Vielleicht liegt es daran, dass Frauenpolitik bei uns oft ein Wahlkampfetikett ist, dessen Inhalt von vielen Parteimitgliedern nur noch vordergründig geteilt wird und sich unsere Forderungen seit Jahren nicht weiterentwickelt haben? Oder liegt es daran, dass wir keine richtige Männerpolitik haben? Viele Indikatoren, wie Drogenabhängigkeit, Selbstmordrate, Jugendgewalt, überkommene Geschlechterrollen etc., weisen darauf hin, dass Männer in besonderer Weise Unterstützung brauchen. Darauf haben wir aber bisher keine schlüssige Antwort. Können wir Männerprobleme vor allem mit Frauenpolitik beantworten?

Ein zentraler Punkt, der uns von anderen Parteien unterscheidet und durch den wir wieder offensiv eine Debatte über das Geschlechterverhältnis anstoßen könnten, ist, dass wir Frauenpolitik nicht auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie beschränken und insbesondere auch die Verantwortung und die Notwendigkeit einer Verhaltensänderung der Männer betonen. Wir brauchen eine umfassende genderpolitische Debatte über die Umverteilung von Macht, Einkommen und Arbeit zwischen Männern und Frauen, wobei Arbeit nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch Haus- und Familienarbeit mit einschließt. Dazu brauchen wir z.B. eine Politik der Teilzeitarbeit für Männer und eine Politik des Förderns und Forderns von Vätern, sich um ihre Kinder zu kümmern. Vielleicht brauchen wir auch einen klareren sozialpolitischen Fokus auf Männer. Diese Debatte sollten Grüne Frauen und Männer offensiv vorantreiben.

Unsere Genderpolitik leidet derzeit daran, dass es der Frauenpolitik an Impulsen und Unterstützung und der Partei ein männerpolitischer Diskurs fehlt und dass sich die Männer nicht in genderpolitische Debatten einmischen. Erst eine gute Männer- und eine gute Frauenpolitik führen zu einer erfolgreichen Genderpolitik. Und die haben wir Grünen allemal nötig. Schließlich ist die Attraktivität der Grünen für junge Frauen – trotz der Frauenquote – alles andere als groß. Die Genderpolitik muss wieder aus dem Schattendasein herausgeholt werden und breit in allen Politikfeldern mitberücksichtigt werden. Gut wäre es, wenn sich alle Parteiaktiven eine Portion Genderkompetenz erarbeiten würden. Dies betrifft insbesondere die Männer.

Wenn wir ein gerechteres Geschlechterverhältnis wollen, müssen wir aber auch die überkommenen männlichen und weiblichen Rollen aufknacken. Dies hätte Konsequenzen für die Bildungs-, die Arbeitsmarkt-, die Sozial-, Haushalts- und die Steuerpolitik. Nur wenn Männer und Frauen sich dem Thema annehmen, lässt sich die Genderpolitik offensiv vorantreiben.

## **Grüne Leitprojekte**

### ***Ökologische Gerechtigkeit mit Ökobonus***

Der Satz „Die Erde gehört uns allen gleich“ ist eine Provokation, national wie international. Denn natürlich verbrauchen reiche Menschen mehr Ressourcen als ärmere Menschen. Die Aussage darüber, wem die Erde gehört, knüpft an den erfolgreichen Satz „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ an. Wieder stellen wir damit die Frage nach dem Umgang mit unserer Erde in einen ethischen Kontext.

Wir plädieren deshalb für eine Weiterentwicklung des Grünen Gerechtigkeitsbegriffs. „Ökologische Gerechtigkeit“ bedeutet, dass Verschmutzungsrechte nicht einfach an Verschmutzende verschenkt werden können, weil jeder Mensch das gleiche Recht auf saubere Luft hat. Ökologische Gerechtigkeit bedeutet, dass Grundwasserverschmutzung durch Düngemittel nicht etwas ist, das LandwirtInnen und der Staat miteinander ausmachen. Nein, es geht um eine grundlegende Frage der Gerechtigkeit, wenn die einen verschmutzen, was allen gehört. Wie sind knappe ökologische Ressourcen verteilt, die alle zum Leben brauchen? Ökologische Gerechtigkeit verdrängt nicht andere Dimensionen der Gerechtigkeit, sondern ergänzt sie. Es bleibt die Frage nach der Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Es bleibt die Frage nach der Verteilung von Armut und Reichtum, auch über die Grenzen der Generationen hinweg. Wir meinen aber, dass es an der Zeit ist, die dramatische Ungleichheit beim Zugang zu ökologischen Ressourcen und beim Recht sie zu verschmutzen als zentrales Problem zu thematisieren. Ökologische Gerechtigkeit wird ein Alleinstellungsmerkmal der Grünen sein und ihre soziale Orientierung deutlich machen. Sie verbindet sich mit unserem Kernprofil der Ökologie.

JedeR soll gleich an den Einnahmen vom Verkauf von Verschmutzungsrechten teilhaben, jedeR soll gleich von den Einnahmen des Ressourcen- und Energieverbrauchs profitieren. Und ärmere Menschen sollen nicht mit den Folgen von Energiepreissteigerungen allein gelassen werden. Wir setzen uns deshalb für einen Ökobonus ein, der jedem Mitglied der Gesellschaft ausbezahlt wird, vom Kind bis zum Greis. Finanziert wird dieser Ökobonus durch Einnahmen aus der Belastung von Energie- und Ressourcenverbräuchen. Weil Reichere mehr konsumieren als Ärmere, ergibt dies eine Umverteilungswirkung, die im Klimawandel dringend nötig ist. Denn bisher tragen ärmere Bevölkerungsgruppen größere Lasten im Klimawandel als die reicheren. Ökologische Gerechtigkeit bedeutet auch, dass wir die Verlierer des Strukturwandels hin zu einer grünen Marktwirtschaft mit den Lasten nicht allein lassen. Grüne sind nur dann glaubwürdige UmweltpolitikerInnen, wenn sie die sozialen Folgen steigender Energiepreise thematisieren und Lösungsmöglichkeiten vorschlagen. Dafür steht der Ökobonus.

### ***Macht der Energiekonzerne beschneiden***

Die vier großen Energiekonzerne besitzen in Deutschland etwa 80% der Stromproduktion und zusätzlich auch die Übertragungsnetze. Sie missbrauchen diese einzigartige Stellung, um hohe

Monopolrenten zu erzielen und Konkurrenten vom Markt fern zu halten. Was sind die Folgen? Überhöhte Preise bei gleichzeitigen Rekordgewinnen und die Behinderung des Ausbaus der regenerativen Energien. Bündnis 90/Die Grünen müssen ihre Politik daher an den eigentlichen Gegnern der Energiewende ausrichten – nicht an ihren Helfern in der CDU/CSU, der SPD und der FDP.

Die 4 größten Strom produzierenden Unternehmen schreiben von Jahr zu Jahr immer höhere Gewinne, die von den VerbraucherInnen durch steigende Strompreise finanziert werden. Die bereits abgeschriebenen Atomkraftwerke zahlen sich aus, da jeder Betriebstag eines Atomkraftwerks ihnen ca. eine Million Euro Gewinn einbringt. Um ihre Gewinne in der Zukunft zu sichern, nutzen sie ihre Verfügung über die Netze, um neue Produzenten am Markteintritt zu hindern. Die Netzbetreiber haben nicht das geringste Interesse, die Netzkapazitäten z. B. für die Durchleitung von Windstrom zur Verfügung zu stellen, geschweige denn durch nötige Investitionen auszubauen. Sie optimieren die Netze oft nur für ihre eigenen Kraftwerke.

Die Erfolge der staatlichen Regulierungspolitik sind bisher mäßig. Auch in anderen europäischen Ländern gibt es keine positiven Beispiele für eine gelungene Regulierung, wenn die Netze in der Hand der Konzerne bleiben. Selbst die EU-Kommission sieht, dass so keine Fortschritte auf dem Strommarkt erzielt werden können. Deshalb müssen die Stromnetze von den Energiekonzernen getrennt werden. Die integrierten Konzerne müssen zerschlagen werden. Solange keine besseren Vorschläge auf dem Tisch liegen, heißt dies, die Netze in staatliche Hand zu überführen. Denn mit einer Übernahme durch einen anderen Großkonzern ist es nicht getan. Beispiele aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass bei einer eigentumsrechtlichen Trennung die Marktmacht der Konzerne sinkt.

Die Macht der Stromkonzerne steht auch im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um alte und neue Kohlekraftwerke. Von allen fossilen Brennstoffen erzeugt die Kohleverbrennung das meiste CO<sub>2</sub>. Wir wissen aus wissenschaftlichen Studien, dass wir unsere CO<sub>2</sub> Produktion bis zum Jahre 2050 um 80% senken müssen. Dies sind nur noch gut 40 Jahre. Deshalb müssen wir jetzt mit dem Ausstieg aus der Kohle beginnen und den Einstieg in dezentrale Energieversorgung forcieren.

### ***1 Million grüne Arbeitsplätze: Arbeitsmarktszenario 2020***

Grüne Marktwirtschaft ist bisher vor allem ein Schlagwort. Wir haben zwar viele gute Diskussionen zur künftigen Ausrichtung unserer Wirtschaftspolitik geführt, aber ein klares Profil ist daraus noch nicht entstanden. Der BDK-Beschluss ist schwammig geblieben. Die Ausführungen zur Regelsetzung, zum Verhältnis von Markt und Staat, die für uns vielleicht manches klären, haben für die Menschen in unserem Land kein klares Bild gezeichnet, für was Grüne in der Wirtschaftspolitik stehen. Wir meinen: Grünes Markenzeichen ist es, dass wir für einen ökologisch notwendigen und wirtschaftlich erfolgreichen Strukturwandel stehen, auch wenn er in traditionellen Bereichen zu Arbeitsplatzverlusten führt.

In der Vergangenheit sind wir wirtschaftspolitisch immer wieder in die Defensive geraten. Denn die ökologische Notwendigkeit wurde geleugnet und auf das Überleben von Feldhamstern verkürzt. Der wirtschaftliche Erfolg ökologischen Wirtschaftens, in Form zusätzlicher Arbeitsplätze, blieb für die Menschen eine leere Versprechung. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, von der mehrere Millionen Menschen betroffen sind, konnten die 230.000 Arbeitsplätze, die im Bereich der Erneuerbaren Energien entstanden sind, nur für wenig Menschen Verbesserungen bringen. Erneuerbare Energien allein sind deshalb keine Antwort auf die Arbeitsplatzmisere vor Ort.

Wir schlagen deshalb vor, den Arbeitsauftrag des Oldenburger Parteitags zu einem grünen Arbeitsmarktszenario 2020 ernst zu nehmen und klar aufzuzeigen, wo wie viele Arbeitsplätze, auch außerhalb unseres eigentlichen Kernbereichs Ökologie, durch grüne Politik entstehen können. Denn Grüne Marktwirtschaft ist ja auch eine bildungsintensive Wirtschaft, die für Prävention im Gesundheitswesen und eine humane, d.h. arbeitsintensive Pflege steht. Wir müssen den Menschen klar machen, dass aufgrund des ökologischen Strukturwandels in manchen Bereichen Arbeitsplätze wegfallen. Dafür entstehen in anderen Bereichen deutlich mehr Arbeitsplätze als heute, die den Erfordernissen des Strukturwandels durch den Klimaschutz und des demographischen Wandels gerecht werden. „1 Million grüne Arbeitsplätze“, so unsere heutige Abschätzung, können in den nächsten Jahren durch grüne Vorschläge bei erneuerbaren Energien, beim Bio-Landbau, im Verkehrsbereich, im Gesundheitssektor und im Bildungssystem entstehen.

### ***Eine garantierte Mindestrente für Alle***

Durch die Absenkung des Rentenniveaus und die Zunahme unsteter Erwerbsverläufe und prekärer Beschäftigung erhalten immer weniger Menschen eine Existenz sichernde gesetzliche Rente. Auch zusätzliche Riesterrenten werden häufig nicht ausreichen. Schon heute leben 1,5 bis 2 Millionen alte Menschen mit einem Einkommen unter EU-Armutsgrenze. Diese Zahl wird in Zukunft noch zunehmen. Die von rot-grün eingeführte „bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter“ ist nicht viel mehr als eine Umbenennung der früheren Sozialhilfe. Der Zugang zu dieser „Sozialhilfe plus“ wurde zwar erleichtert, sie wird aber nach wie vor als stigmatisierend empfunden und der Bezug findet erst nach einer umfangreichen Bedürftigkeitsprüfung, die auch das Einkommen und Vermögen der PartnerIn mit einschließt, statt. Die Inanspruchnahme ist deshalb kaum gestiegen, Altersarmut ist auch in den letzten Jahren nicht gesunken und die Angst vor Armut und Sozialhilfebezug im Alter ist angewachsen. Ohne Reformen wird in Zukunft eine zunehmende Zahl alter Menschen auf die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter angewiesen sein. Wir wollen aber sicherstellen, dass ältere Menschen nicht zum Sozialamt gehen müssen, um ein Leben in Würde zu führen.

Deswegen brauchen wir eine eigenständige garantierte Mindestrente für alle Älteren, die ohne Bedürftigkeitsprüfung zusammen mit der gesetzlichen und privaten Rente ausgezahlt wird. Dabei wird gewährleistet, dass eigene Rentenansprüche die Gesamtleistung erhöhen, damit sich sowohl die private Vorsorge als auch die Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung lohnt. Ob eine solche Rente als steuerfinanzierte Grundrente, als beitragsfinanzierte Rente nach dem Schweizer Modell oder als steuerfinanzierte Garantierente nach dem schwedischen Modell gestaltet wird, ist eine technische, aber noch zu klärende Frage.

Berlin, 06. März 2008

Christoph Erdmenger, Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt  
Gerhard Schick MdB  
Ska Keller, Landesvorsitzende Brandenburg  
Wolfgang Strengmann-Kuhn MdB  
Jan Philipp Albrecht, Bundesvorstandssprecher Grüne Jugend  
Anton Hofreiter MdB  
Ute Koczy MdB  
Sven Lehmann, Landesvorstand NRW